

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen

- Öffentlicher Teil -

Datum: 12.10.2023

Zeit: 17:15 Uhr bis 18:15 Uhr

Ort: Beratungsraum E.08, Stadtverwaltung Rathenow
Berliner Straße 15, 14712 Rathenow

Teilnehmer: Stadtverordnete / ordentliche Mitglieder:
Horst Schwenzer, Karin Dietze, Daniel Golze, Hartmut Rubach,
Dana Steinicke, Wolfram Bleis

Sachkundige Einwohner:
Enrico Fülöp, Hans-Jürgen Grigoleit, Wilfried Hummel,
Christiane Thielke (Seniorenrat), Erik Prüß (KiJuPa)

Mitarbeiter der Verwaltung: Herr Goldmann, Frau Hermann,
Herr Querfurth

entschuldigt: Jürgen Vogeler, Corrado Gursch, Dr. Uwe Hendrich,
Martina Bleis, Rocco Lenz,

unentschuldigt: Jörg Rakow, Thomas Lotsch, Inge Zeuschner

Protokoll: Frau Jendretzky

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Herr Schwenzer eröffnet um 17:15 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung, die sachkundigen Einwohner und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Die Einladung wurde fristgemäß versandt. Es sind von 7 stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses **5 Mitglieder** anwesend, die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Die Tagesordnung wird einstimmig wie folgt bestätigt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Protokollkontrolle vom 31.08.2023
3. Beantwortung offener Fragen aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen
4. Einwohnerfragestunde
5. DS 090/23 – Vergaberichtlinie Innenstadtfonds
6. DS 094/23 – Entgelttabelle für die Inanspruchnahme von Waren und Leistungen des Rathenower Stadtförstes
7. DS 098/23 – Halbjahresbericht 2023 nach § 29 KomHKV
8. Informationen aus dem Amt für Wirtschaft und Finanzen
9. Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil:

1. Beantwortung offener Fragen aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung
2. Protokollkontrolle vom 31.08.2023
3. Prüfbericht Kulturfördermittel
4. Sonstiges

TOP 2: Protokollkontrolle vom 31.08.2023

Mündliche oder schriftliche Einsprüche oder Anmerkungen gegen das AFR-Protokoll vom 31.08.2023 – öffentlicher Teil liegen nicht vor, somit gilt das Protokoll als bestätigt.

TOP 3: Beantwortung offener Fragen aus den letzten Sitzungen des AFR

Herr Goldmann nimmt Bezug auf die Anfrage von Frau Dietze hinsichtlich der bislang nicht vorliegenden Auswertungsergebnisse der AG Optikpark. Mittlerweile wurde der Auftrag vergeben, ein Konzept aufzustellen. Es wurden Fragebögen im Optikpark für die Besucher ausgelegt und an die Stadtverordneten ausgereicht. Die ersten Ergebnisse sollen Ende November zur Aufsichtsratssitzung vorliegen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe werden ebenfalls miteinbezogen, um über die weitere Verfahrensweise abzustimmen.

Zur Anfrage zum Weg „Am Kanal“ informiert Herr Goldmann, dass dieser Weg von der Genthiner Straße kommend öffentlich-rechtlich gewidmet ist. Herr Fülöp fragt an, ob dies auch den hinteren Abschnitt betreffe. Der hintere Teil ist nicht mehr im Eigentum der Stadt, d.h. aber nicht, dass dieser nicht gewidmet sein muss. Dazu müsste bis zum nächsten Ausschuss noch einmal recherchiert werden.

Die Drucksache 082/23 - 1. Änderung des Stellplanes zur Haushaltssatzung 2023 wurde an die Fachausschüsse zurückverwiesen mit der Beratungsfolge AKO-Ausschuss am 21.09.2023, ABS-Ausschuss am 16.10.2023 und am 18.10.2023 in der SVV. Aufgrund der zeitlichen Abfolge der Fachausschüsse steht die Drucksache heute nicht auf der Tagesordnung des AFR.

Frau Dietze bittet darum, eine Stellenbeschreibung vor der Stadtverordnetenversammlung auszuhändigen.

Herr Goldmann erkundigt sich, ob diese Stellenbeschreibung ausgegeben werden kann.

Frau Dietze verweist auf die Stellenbeschreibung des Klimaschutzbeauftragten. Sie geht davon aus, dass es in der SVV wieder Diskussionen geben könnte, sofern diese nicht ausgehändigt werden sollte.

Herr Goldmann informiert, dass der AKO-Ausschuss der Drucksache zugestimmt hat.

Herr Fülöp erinnert, dass er noch eine Frage zur Herrichtung des Sportplatzes in Rathenow-West gestellt hatte.

Herr Goldmann weist darauf hin, dass diese Frage im nichtöffentlichen Teil gestellt und beantwortet werden sollte. Er zieht die Antwort vor und teilt mit, dass es bereits Planskizzen und Kostenschätzungen für einen neuen Sportplatz gebe. Derzeit kann noch nicht gesagt werden, ob diese Pläne in der Haushaltsplanung abschließend Berücksichtigung finden.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Herr Golze ist auf dem Weg zum Ausschuss durch die Mittelstraße gefahren. Auf der rechten Seite, auf der Höhe von Thiele Immobilien auf dem Parkplatz, hat er einen großen gelben Poller wahrgenommen. Er bittet um Mitteilung, ob dieser Poller von der Stadt errichtet wurde oder wer diesen Poller dort aufgestellt hat.

Um 17:21 Uhr nimmt Herr Rubach an der Sitzung teil. Es sind von 7 stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses nunmehr **6 Mitglieder** anwesend

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

TOP 5: DS 090/23 – Vergaberichtlinie Innenstadtfonds

Herr Goldmann informiert zur Drucksache.

Herr Fülöp fragt nach, ob der Innenstadtbereich erweitert werden könnte.

Herr Goldmann teilt mit, dass vor einigen Jahren der Bereich bis zum Kirchplatz erweitert wurde. Der Innenstadtfonds bezieht sich auf den Stadtkern mit den Einzelhandelsflächen. Der Fonds dient u.a. dazu, Veranstaltungsformate in der Innenstadt zu unterstützen, damit verkaufsoffene Sonntage genehmigt werden können.

Es folgen keine weiteren Fragen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Vergaberichtlinie zum Innenstadtfonds der Stadt Rathenow.

Abstimmung: Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Drucksache DS 090/23 wird zugestimmt ohne Änderungen.

TOP 6: DS 094/23 – Entgelttabelle für die Inanspruchnahme von Waren und Leistungen des Rathenower Stadforstes

Herr Schwenzer verliest die Drucksache. Es folgen keine Nachfragen, daher wird wie folgt abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow beschließt die Änderung der Entgelttabelle für die Inanspruchnahme von Waren und Dienstleistungen des Rathenower Stadforstes

Abstimmung: Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Drucksache DS 094/23 wird zugestimmt ohne Änderungen.

TOP 7: DS 098/23 – Halbjahresbericht 2023 nach § 29 KomHKV

Herr Goldmann führt zur Informationsvorlage aus.

Herr Prüß erkundigt sich, wie hoch die Zinsen sind, die die Stadt Rathenow erhält.

Herr Goldmann teilt mit, dass die Tagesgeldangebote bei ca. 4 % liegen. Ferner wurden auch kurze Termingelder angelegt. Zur Vermeidung von Negativzinsen wurde ein verzinslicher Schuldschein von einer Landesbank aufgenommen. Ansonsten hat die Stadt Rathenow keine weiteren Anlagen.

Herr Prüß erkundigt sich, ob die Stadt Rathenow Anleihen ausgegeben hat.

Herr Goldmann verneint dies.

Herr Fülöp interessiert, ob sich die Energiekosten nach den langen Investitionsmaßnahmen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, z.B. Umstellung auf LED-Straßenleuchten, verringert oder gleichgeblieben sind. Weiterhin erkundigt er sich, ob die Möglichkeit bereits geprüft wurde, das Rathausdach mit Photovoltaikanlagen zu versehen.

Herr Goldmann teilt mit, dass es hinsichtlich der Photovoltaikanlagen bereits Bestrebungen gebe. Die Installation auf dem Rathausdach ist aufgrund der Form und Neigung schwierig umzusetzen. Es ist aber angedacht, auf den Garagendächern Photovoltaikanlagen zu installieren. Die Wärmeversorgung ist involviert und prüft die Umsetzungsmöglichkeiten. Die auf LED umgerüstete Straßenbeleuchtung mache sich bemerkbar. Er verweist auf den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, in dem regelmäßig über die Umsetzungs- und Energiesparmaßnahmen berichtet werde. Er weist ferner darauf hin, dass die Energiekosten ab 2024 voraussichtlich steigen werden, da die Umsatzsteuer von 7 % auf 19 % erhöht werden soll. Ansonsten gab es einen Stromdeckel, der die Höhe der Kosten begrenzt hat. Derzeit liegen der Stadt noch nicht alle Abrechnungen für das Jahr 2022 vor. Diese Nachberechnungen müssen noch erfolgen und eingearbeitet werden.

Herr Rubach hält die Umrüstung der Straßenlaternen auf LED absolut für sinnvoll. Die getätigten Investitionen gegenüber dem Nutzen werden sich in ein paar Jahren ausweisen. Er gibt zu bedenken, dass sich durch den Austausch die Abstände der Leuchtmasten erweitern. Somit werden weniger Leuchtmasten installiert, dennoch erreiche man eine bessere Ausleuchtung auf der Straße. Es werden nur 10 % bis 20 % des Aufwandes betrieben, um die gleiche Lichtleistung zu erhalten. Dementsprechend sollte diese Umrüstung auf LED unterstützt und auf den restlichen Teil der Stadt ausgeweitet werden.

Herr Grigoleit erkundigt sich, ob bereits Erfahrungen über die Langlebigkeit und Lebensdauer der LED gesammelt wurden.

Herr Goldmann kann keine Auskunft geben und verweist auf den jährlichen Bericht im Bauausschuss.

Herr Schwenzer erkundigt sich, wie das Jahresergebnis eingeschätzt wird.

Herr Goldmann teilt mit, dass das Jahresergebnis voraussichtlich nicht schlechter abgeschlossen wird, als es die Planzahlen prognostizieren. Jedoch ist es momentan noch zu früh, um genauere Aussagen treffen zu können.

Herr Golze nimmt Bezug auf die Aussage in der Fraktionsvorsitzendenrunde, dass über die Planansätze im Dezember in einem Sonderfinanzausschuss diskutiert werden soll. Ihn interessiert es, wie es weiter gehen soll und wie der Plan für die nächsten Jahre aussieht, um diese Problematik anders zu gestalten. Er möchte gern wissen, wie sich die Stadtverwaltung und die Verwaltungsspitze vorstellt, diese Defizite auszuräumen. Er fragt sich, ob die Stadt beabsichtigt, bestimmte Aufgaben wieder an den Landkreis zurück zu übertragen. Er kann bislang noch kein Ziel oder eine Lösung erkennen, wie die Prioritätenliste abgearbeitet werden soll.

Herr Schwenzer empfiehlt, dies in den nächsten Finanzausschuss mitaufzunehmen.

Frau Dietze schließt sich dem Vortrag von Herrn Golze an und bittet den Bürgermeister darum, die SVV-Mitglieder an seinen Ideen für die Stadt teilhaben zu lassen. Diesbezüglich hatte sie den Bürgermeister bereits angesprochen. Nach seiner Aussage müsste man mit Streichungen bei den freiwilligen Leistungen beginnen. Sie äußert die Bitte, nicht nur bei den freiwilligen Leistungen zu kürzen. Vielleicht sollten auch andere Bereiche beleuchtet werden. Es sollten gemeinschaftliche Überlegungen angestrebt werden.

Herr Goldmann schlägt vor, zum TOP 8 zu wechseln, da er noch Informationen zum Haushalt bekannt geben möchte.

Es folgen keine Nachfragen. Der Halbjahresbericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8:

Informationen aus dem Amt für Wirtschaft und Finanzen

Herr Goldmann informiert, dass die Fachämter aufgefordert wurden, bis zum 30.08.2023 die Investitionsmaßnahmen anzumelden und vorzulegen. Seit September erfolgten die Fachgespräche, welche bereits zu erheblichen Kürzungen geführt haben. Dennoch gab es mehrere Nachfragen und Verzögerungen durch Sommerurlaube, Krankheiten von Mitarbeitern. Daher legt man für das nächste Jahr fest, die Frist für die Anmeldungen der Investitionsmaßnahmen ein Quartal früher zu beginnen, um im September bereits finale Zahlen vorliegen zu haben. Schwierig gestalten sich die Orientierungsdaten, die meist erst im Juni/Juli eintreffen. Ferner soll ein freiwilliges Haushaltsicherungskonzept erstellt werden, da die Haushaltslage extrem angespannt ist.

Bei der Haushaltsaufstellung gibt es derzeit noch große Probleme im Investitionsbereich. Nach dem jetzigen Stand besteht noch ein genehmigungspflichtiger Haushalt, da die Investitionen nicht für das Jahr 2024 abgedeckt werden können. Die oberste Leitlinie ist es, keinen genehmigungspflichtigen Haushalt 2024 zu haben, d.h. keine Kredite aufnehmen zu müssen. Es sind viele Investitionsmaßnahmen weggefallen. Viele Digitalisierungs- und Baumaßnahmen sind jahresübergreifend und die Mittel schon verplant.

Die Planungskosten der Schollschule wurden aufgenommen. Für die Hinterarchenbrücke wurden allein 1,3 Mio. EUR veranschlagt. Hinzu kommen eventuelle weitere Nachträge. Es wurden bereits Gespräche mit dem WSA geführt, um diese enorme Summe über einen Zeitraum von drei Jahren zu strecken. Sofern Kredite aufgenommen werden müssten, kann die Stadt nicht nachweisen, dass die Tilgung erwirtschaftet werden kann. Daher wurden auch bei Anschaffungen für die Feuerwehr starke Kürzungen vorgenommen.

Herr Schwenzer teilt mit, dass der Bürgermeister versprochen hat, die Planungskosten für die Jederitzer Brücke aufzunehmen.

Herr Goldmann bestätigt die Einstellung der Planungskosten für eine Bauzustandserhebung, nicht die Planungskosten für die Umsetzung.

Frau Dietze erkundigt sich, ob eine neue Brücke gebaut werden soll.

Herr Schwenzer verneint dies und verweist darauf, dass zunächst Untersuchungen durchgeführt werden müssen.

Herr Golze erkundigt sich nach der Höhe der Kosten.

Herr Goldmann informiert, dass zunächst ein Betrag in Höhe von 97.000 EUR eingestellt wurde.

Frau Dietze moniert, dass ein so hoher Betrag in den Haushalt eingestellt wird, obwohl darüber noch nicht in der SVV abgestimmt wurde, ob überhaupt eine neue Brücke gewollt ist.

Herr Bleis merkt an, dass der Bauausschuss hierfür ein Votum gegeben hat. Die Untersuchung der Fundamente steht aus und ist für die weitere Entscheidungsfindung nötig.

Herr Goldmann führt aus, dass die ersten Zahlungen nur für die Begutachtung des Grundes und Bodens ausgegeben wurden. Ferner wurde beurteilt, ob die Brücke noch dem Denkmalschutz unterliegt. Durch diese Bewertungen kann erst bestimmt werden, welche Handlungsoptionen es zukünftig gibt.

Herr Rubach teilt mit, dass ein Gutachten mit Tauchern in Auftrag gegeben wurde, die die Fundamente prüfen. Durch die dann vorliegenden Ergebnisse kann sich erst eine weitere Diskussion ergeben. Dieses Gutachten wird dann im Bauausschuss durch Herrn Remus vorgestellt. Erst danach kann abgestimmt werden, wie sich die weitere Vorgehensweise gestaltet.

Herr Golze moniert, dass es keine Entscheidung oder Votum darüber gibt, was mit dieser Brücke passieren soll. Es ist nicht klar, ob sie so bleiben, neu gestaltet, restauriert werden soll. Es werden 97.000 EUR für Planungskosten ausgegeben. Zunächst sollte entschieden werden, was

mit der Brücke passiert, bevor in eine tiefgreifende Planung eingegriffen wird. Die Brücke wird noch eine Weile halten, sofern sie nur durch Fahrradfahrer und Fußgänger benutzt wird.

Frau Steinicke erwidert, dass bislang nur ein Gutachten vorliegt, was für den oberen Bereich der Brücke erstellt wurde. Die Taucher waren noch nicht tätig. Im Bauausschuss wurde festgelegt, dass die Untersuchungen im nächsten Frühjahr durchgeführt werden sollen. Vorher kann man nicht sagen, ob die Brücke für Fußgänger sicher ist, da dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht eindeutig feststeht.

Herr Golze zweifelt die Kosten in Höhe von 97.000 EUR an und bittet um entsprechende Belege.

Herr Rubach informiert, dass diese Untersuchungen eine Grundlage bilden, ob die Fundamente der Brücke genutzt werden können bzw. ob die Brücke überhaupt weiter genutzt werden kann. Vielleicht muss man sich Gedanken machen, eine neue Brücke zu konstruieren. Erst durch die dann vorliegenden Ergebnisse der Untersuchung kann darüber diskutiert werden, wie man hier weiter vorgehen möchte. Dazu müssen jedoch alle Fakten vorliegen.

Herr Bleis teilt mit, dass es dazu keine Alternative gibt, um ordentliche aussagefähige Grundlagen und Wissen zu erlangen. Alle geforderten Gutachten müssen vorliegen. Daher ist es unabdingbar, dass diese Gutachten beauftragt wurden und weitere folgen. Erst nach Vorliegen der Gutachten kann entschieden werden, wie es zukünftig weiter gehen soll. Die Mehrheit im Bauausschuss war der Meinung, dass eine für den Autoverkehr befahrbare Brücke gebraucht wird, nicht zuletzt durch die jetzigen Baumaßnahmen im Straßennetz.

Herr Fülöp schließt sich dem Vortrag von Herrn Golze an. Seiner Meinung nach hätte zuerst die SVV darüber abstimmen müssen, ob eine Brücke gewollt ist oder nicht. Erst dann hätte man die notwendigen Schritte einleiten sollen.

Herr Schwenzer fasst zusammen, dass diese Kosten für die Untersuchung bereitgestellt werden sollten, um abschließend klären zu können, wie weiter vorgegangen werden soll.

Frau Dietze erkundigt sich, ob eine Begutachtung notwendig wäre, sofern die SVV beschließen würde, dass die Brücke weiterhin nur für Fußgänger und Radfahrer freizugegeben ist.

Herr Bleis weist daraufhin, dass der Gutachter im Bauausschuss bereits hierzu ausgeführt hat. Allgemein ist bekannt, dass Brücken nach festgelegten Zyklen überprüft werden müssen. Der Gutachter hat nachvollziehbar erklärt und aufgezeigt, dass die Brücke in absehbarer Zeit nicht mehr von Fußgängern und Radfahrern benutzt werden kann. Ferner besteht die Denkmalschutzbehörde auf die Vorlage aller erforderlichen Gutachten.

Herr Prüß weist darauf hin, dass bei all den negativen Nachrichten die Schuldenlast nominal zwar gleich bleibt, doch real durch die Inflation sinkt. Die Einnahmen werden nominal auch mehr.

Herr Goldmann teilt mit, dass den stabilen Einnahmen immer höhere Ausgaben gegenüber stehen und die Schere immer größer wird.

Herr Golze erkundigt sich, ob im Haushalt auch bestimmte Maßnahmen für die Oberschule aufgenommen wurden.

Herr Schwenzer weist darauf hin, dass dringend die Treppe in der Oberschule saniert werden sollte.

Herr Goldmann macht darauf aufmerksam, dass im Haushaltsplan ein Unterhaltungsbudget enthalten ist, welches nicht mit den Investitionen verwechselt werden darf. In jedem Ausschuss werden weitere Arbeitsaufträge erteilt, z.B. Slipanlage, Kita, Schulsportplatz etc. Für den Haus-

halt 2024 ff. werden ca. 3 Mio. EUR für Reparaturen und Instandhaltungs- und Sanierungskosten vorgesehen, damit eine Planungssicherheit besteht.

Frau Dietze empfiehlt, bei den Reparaturen und Instandhaltungskosten eine Prioritätenliste zu erstellen.

Herr Golze hätte gern in der nächsten Ausschusssitzung die verbindliche Aussage, ob die Oberschule mit den dringenden Problemen im Haushalt enthalten ist oder nicht.

Herr Goldmann teilt mit, dass im Dezember eine Sondersitzung des AFR tagen sollte, in der nur der Haushalt, die derzeitige Lage und die HSK-Maßnahmen besprochen werden, um alles nach und nach sachlich abzuarbeiten.

TOP 9: Sonstiges

Herr Schwenger teilt mit, dass er seinen Grundsteuerbescheid vom Finanzamt erhalten hat. Nach dem aktuellen Hebesatz müsste er demnach weniger zahlen.

Herr Goldmann informiert über eine Schulung des Sachgebiets Steuern. Es sollen so viele Vorgänge wie möglich bei der Veranlagung automatisiert werden. Das Finanzamt übersendet Datensätze für die extra Schnittstellen angepasst werden müssen. Jeder vom Finanzamt gesendete Datensatz muss mindestens einer Sichtprüfung unterzogen und ggf. auch manuell korrigiert werden, da einige Daten nicht stimmen, z.B. falsche Lagebezeichnung, Schreibfehler u.ä. Im letzten Quartal des Jahres 2024 wird voraussichtlich der Hebesatz für das Jahr 2025 festgelegt werden.

Herr Schwenger beendet um 18:15 Uhr den öffentlichen Teil des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung. Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Gegen den Wortlaut des Protokolls kann innerhalb von 7 Tagen nach Zustellung Einspruch erhoben werden.

Horst Schwenger
Ausschussvorsitzender